

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 pbbn d

Inhalt

Jan Oostergetelo MdB,
Mitglied des Agrar-
ausschusses des Deutschen
Bundestages, bewertet den
Brüsseler Beschluß der
EG-Agrarminister: Fauler
Kompromiß. Seite 1

Dieter Heistermann MdB,
Mitglied im Verteidi-
gungsausschuß des Deut-
schen Bundestages und
Berichterstatler Wehrbe-
auftragter der SPD-Bundes-
tagsfraktion, würdigt den
jüngsten Bericht des Wehr-
beauftragten: Klare Fest-
stellungen, deutliche
Forderungen. Seite 3

Gerhard Schröder MdB kom-
mentiert den Ankauf des
Evangeliiars: Verschleu-
dertes Geld. Seite 4

Freimut Duve MdB, Obmann
der Arbeitsgruppe "Kunst
und Kultur" der SPD-Bun-
destagsfraktion, zum Tod
von Uwe Johnson: Der Mann
ohne Heimat. Seite 5

Dokumentation

Dr. Hermann Scheer MdB
präsentiert und erläutert
eine Initiative der SPD-
Arbeitsgruppe Abrüstung
und Rüstungskontrolle zu
den MBFR-Verhandlungen in
Wien. Seite 6

39. Jahrgang / 52

14. März 1984

Brüsseler "Heureka"?

Die EG-Agrarminister haben lediglich einen faulen
Kompromiß formuliert

Von Jan Oostergetelo MdB
Mitglied des Agrarausschusses des Deutschen Bundestages

Von Archimedes wird berichtet, daß er die gefundene Lö-
sung eines vertrakten physikalischen Problems mit dem
Ausruf "Heureka" verbunden haben soll.

Auch aus Brüssel tönt uns nach dem vorläufig letzten einer
Reihe deprimierend erfolgloser Gespräche der EG-Agrar-
minister ein "Wir haben's gefunden" entgegen.

Gibt es nun die Lösung für die verfahrenere Agrarpolitik? -
Mitnichten!

Auf was hat man sich nach einem - seit Stuttgart anhalten-
den - dreiviertel Jahr ständigen Gezerres und Gezeters ge-
einigt? Auf einen faulen Kompromiß, was sonst. Im Milchbe-
reich soll die Produktion - was Brüsseler Zahlungsverpflich-
tung angeht - in diesem Jahr auf 98,8 Millionen Tonnen, im
kommenden Jahr auf 97,8 Tonnen begrenzt werden. Sonderre-
gelungen für Kleinbauern sollen das Schlimmste verhüten,
nationale Ausgleichszahlungen als schmerzstillendes Mittel
auf die geschlagenen Wunden aufgelegt werden.

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2

Verständlich
mit dem
Kunstwerk
Kunstwerk



Eine Lösung? - Unter fiskalistischer Sicht der Dinge haben sich die Agrarminister als folgsame Zauberlehrlinge der inzwischen nahezu allgewaltigen Finanz-, oder besser Sparminister erwiesen.

Denn nicht nur bleibt ein gerüttelt Maß an Überschüssen, was den alles bezahlenden Steuerzahler nicht erfreuen kann, es bleibt auch - als durch die Quotierung langfristig festgeschriebene Fehlentwicklung - ein Agrarsystem in Europa, daß die bäuerlich strukturierte Landwirtschaft Peu à Peu durch Verschwendung der Steuermittel und daraus resultierenden zu geringen Einkommen ruiniert.

Es scheint, als hätten die Agrarminister ihre Handlungsmaximen in einem Lehrbuch für Rallyefahrer gefunden. Um die hohen Geschwindigkeiten beherrschbar werden zu lassen, braucht man - um doch noch die Kurve zu kriegen - Gasgeben und Bremsen zugleich. Die Aussicht, daß es dabei Schrott gibt ist hoch - man nennt es kontrollierten Drift.

Diesen kontrollierten Drift versuchen die Agrarminister auch mit der europäischen Landwirtschaft. Aber die Gefahr ist groß, daß daraus ein unkontrollierter werden kann - an dessen Ende die bäuerliche Struktur und die Kleinbetriebe als Schrott übrig bleiben.

Mehr als ein dreiviertel Jahr hat man gebraucht, um einen faulen Kompromiß, der die Überschüsse nicht definitiv beseitigt, aber die prekäre finanzielle Situation der Mehrzahl der Betriebe bestehen läßt, zu finden - und das für gerade eine der Marktordnungen.

Die nächste Quotierung - für die Weinmarktordnung - wird bereits gefordert, im Sektor Rindfleisch knirscht es im Gebälk des Finanzgerüsts, aber des Kanzlers Wahlspruch gilt: "Wir lassen uns die Lebensfreude nicht vergällen!"

Ob ruinierte Bauern und nun - welche grandiose Lösung - national anstatt europäisch zur Kasse gebetene Steuerzahler das auch so sehen?

Und Kiechle - ein "Papa di latte"? - für die Mehrheit der Milchbauern wohl eher ein "Gottseibeiuns".

(-/14.3.1984/ks/rs)

+ + +



Klare Feststellungen, deutliche Forderungen

Karl-Wilhelm Berkhan hat sich mit dem Bericht des Wehrbeauftragten erneut als "Anwalt der Soldaten" bewiesen

Von Dieter Heistermann MdB

Mitglied im Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages
Berichterstatte Wehrbeauftragter der SPD-Bundestagsfraktion

Klare Feststellungen und Forderungen an Regierung und Parlament zeichnen wiederum den Jahresbericht 1983 des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages aus. Damit reiht sich auch dieser Bericht nahtlos an die Vorgängerberichte an.

Überschaubar gegliedert, besondere Probleme der Soldaten und ihrer Familien herausarbeitend belegt dieser Bericht, mit welchen inneren und äußeren Belastungen die Bundeswehrangehörigen sich konfrontiert sehen. Wer sich über die Bundeswehr in ihrem inneren Bereich informieren will, der muß nicht "Bundeswehr aktuell", sondern die Jahresberichte des Wehrbeauftragten lesen.

Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag stimmt dem Wehrbeauftragten ausdrücklich zu, wenn er ausführt, daß es Ziel der Inneren Führung sei, "die Streitkräfte nahtlos in unserem freiheitlichen demokratischen Rechts- und Sozialstaat einzubinden". Von Lippenbekenntnissen alleine wollen die Soldaten allerdings nichts wissen, sie erwarten zu Recht, daß den Worten Taten folgen. Die SPD-Mitglieder im Verteidigungsausschuß werden der Regierung die notwendigen Fragen stellen, welche Maßnahmen und Konsequenzen sie aus dem Jahresbericht 1983 des Wehrbeauftragten ziehen wird.

Wir werden aber nicht nur Fragen stellen, sondern eigene Initiativen ergreifen, wie zum Beispiel das schon vorliegende Gesetz zur Wehrsolderhöhung zum 1. Januar 1984 der SPD-Bundestagsfraktion belegt. Die Soldaten und ihre Familien können sicher sein, daß die SPD ihre sozialen Probleme ernst nimmt und versuchen wird, sie einer Lösung zuzuführen.

Zuzustimmen ist dem Wehrbeauftragten, daß die Debatte um die Stationierung von atomaren Mittelstreckenwaffen auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland und die damit verbundene Friedensdiskussion nicht gegen die Bundeswehr geführt worden ist, wenn auch oft bei Soldaten der Eindruck vorherrschte, sie "alleine" hätten diese Diskussion auszutragen. Vorbildliches Verhalten von Bundeswehreinheiten haben mit dazu beigetragen, die politischen Diskussionen zu versachlichen. Überall dort, wo Toleranz und die gebotene Umsicht vorherrschten, wurden bei aller Unterschiedlichkeit der Auffassung sachbezogene Auseinandersetzungen ermöglicht. Dies war ein demokratisches Lehrbeispiel, besser konnte keine "politische Bildung" in der Bundeswehr sein. Wir möchten alle Vorgesetzten, die diesen Weg gegangen sind, in ihrer Auffassung bestärken.

Ins "Stammbuch schreiben" können sich all jene Soldaten die Ausführungen des Wehrbeauftragten zu einseitigen und polemischen Angriffen gegenüber Parteien, Abgeordneten und Amtsträgern, zu denen sie sich teilweise in öffentlichen Veranstaltungen hatten hinreißen lassen. Diese Ausführungen sind geeignet, zur Pflichtlektüre bei der Ausbildung von Vorgesetzten zu werden.



Zeitgemäße Menschenführung, wichtiger Bestandteil der Offiziers- und Untroffiziersausbildung, verliert dann ihren Wert, wenn der berüchtigte "Kasernenton" das Handeln bestimmt. Wozu Vorgesetzte sich hinreißen lassen können, dafür bringt der Bericht kaum nachvollziehbare Beispiele. An den Kopf fassen muß man sich, wenn berichtet wird, zu welchen "Späßen und Scherzen" auf Kosten Untergebener Dienstvorgesetzte fähig sind. Aufnahme-rituale, Taufen und wie immer solche Unbegreiflichkeiten genannt werden, belegen, daß nicht überall die Reife zum Dienstvorgesetzten erreicht worden ist. Zu einigen Besonderheiten werden wir den Bundesminister der Verteidigung auffordern, gesondert zu berichten.

Der vorschriftsmäßige Umgang mit Waffen, ständige Mahnung des Wehrbeauftragten und des Parlamentes, ist in der Truppe längst noch nicht durchgesetzt, wie die zu beklagenden tödlichen Unfälle belegen. Hier erwartet die SPD-Fraktion eine noch strengere Ausbildung und Schulung der Wehrpflichtigen, bevor sie zu Wachtdiensten eingeteilt werden. Disziplinarisch in voller Härte ist gegen alle jenen Vorgesetzten dabei vorzugehen, die die strengen Vorschriften des Waffengebrauchs mißachten.

Personalführung, Fürsorge und Betreuung, dieses sind Grundsätze, auf die die Soldaten Anspruch haben. Unzulänglichkeiten und Verstöße gegen diese Grundsätze werden wir nachgehen. Festgestellte Fehlentwicklungen im Bereich der Gesundheitsfürsorge, lange Wartezeiten für eine stationäre Behandlung sind uns Anlaß, diesen Bereich besonders zu untersuchen. Ausdrücklich begrüßen wir die Anregungen des Wehrbeauftragten für die Vorbereitung von Soldaten und ihren Familien, die für einen Auslandsaufenthalt vorgesehen sind.

Mängel bei der Einberufung von Wehrübungen und deren Durchführungen sind seit langem bekannt. Die Klagen von Einberufenen haben ständig zugenommen. Hier gilt es, entscheidende Verbesserungen einzuleiten.

Entschieden entgegenzuwirken gilt es der Tendenz, wie der Wehrbeauftragte feststellt, daß Pflichtverstöße "höherer Dienstgrade" nicht oder mit weniger gravierenden Maßnahmen geahndet werden. In aller Deutlichkeit: das Soldatengesetz und das Disziplinarrecht gilt für alle Soldaten und nicht nur für die Wehrpflichtigen.

Merkmale der Berichte des Wehrbeauftragten waren immer, daß nicht "Anklagen" formuliert, sondern auch Lösungswege aufgezeigt wurden. Regierung und Parlament können nach Kenntnisaufnahme dieses Berichtes nicht "zur Tagesordnung" übergehen. Ausdrücklich danken möchten wir dem Wehrbeauftragten Karl-Wilhelm Berkhan für seinen informativen und klaren Bericht. Seinem Auftrag "Anwalt des Soldat" und "Hilfsorgan des Parlamentes" zu sein, ist er voll gerecht geworden. (-/14.3.1984/ks/rs)

+ + +



Verschleudertes Geld

Der Ankauf des "Evangeliiars" ist in vielerlei Hinsicht zu kritisieren

Von Gerhard Schröder MdB

Zwar spricht inzwischen selbst Kanzler Kohl davon, daß bei den Streichaktionen für Bafög-Empfänger "der Kahlschlag möglicherweise zu hart war", für das Evangeliiar Heinrich des Löwen aber konnte die Bundesregierung eben mal sechs Millionen DM ausgeben.

Die niedersächsische Landesregierung hat sich beim Ankauf dieses "nationalen Kulturgutes" sogar mit 9,3 Millionen DM beteiligt und darüber hinaus die Garantie für eventuelle Finanzierungslücken übernommen. Und das, obwohl gleichzeitig die Arbeitslosenrate mit über 13 Prozent in Niedersachsen einen neuen Rekord erreicht hat. Für die Erhaltung der hannoverschen Traditionsfirma "Hanomag" hat das Land dagegen nichts übrig.

Diese Fakten allein sind schon fragwürdig genug. Hinzu aber kommt, daß auf die Anfrage von SPD-Bundestagsabgeordneten auch die Bundesregierung nicht sagen kann, von wem das Evangeliiar eigentlich gekauft wurde. Das Welfen-Haus will nicht der Besitzer gewesen sein.

Auf Fragen, ob das Evangeliiar nicht unter das Abwendungsschutzgesetz falle - und also gar nicht ins Ausland gebracht werden durfte -, verweist die Bundesregierung einzig und allein auf eine Erklärung des Welfen-Chefes Ernst-August: Seit in Krafttreten dieses Gesetzes habe sich das Evangeliiar nicht mehr in der Bundesrepublik befunden. Wo es war, darüber schweigt er sich aus.

Genauere Nachforschungen wurden offensichtlich nicht angestrengt. Nicht nur die Verschleuderung von für Arbeitsbeschaffungsprogramme dringend benötigten Millionen-summen aus öffentlichen Haushalten ist also zu beklagen; zu kritisieren ist ebenso die Fahrlässigkeit, mit der ohne Kenntnis der Eigentumsverhältnisse ein möglicherweise widerrechtlich ins Ausland gebrachtes Kunstwerk "zurückgekauft" wurde.

(-/14.3.1984/ks/rs)

+ + +



Der Mann ohne Heimat

Zum Tode von Uwe Johnson

Von Freimut Duve MdB

Obmann der Arbeitsgruppe "Kunst und Kultur" der SPD-Bundestagsfraktion

Vor einem Jahr hatte gemeinsames Unbehagen die aus der DDR zu uns gekommenen Schriftsteller in Marburg zusammengeführt. Mich hatte damals betroffen, wie leidenschaftlich Helga Novak darauf beharrte, Exil-Schriftstellerin zu sein.

Uwe Johnson, der jetzt, wir müssen vermuten, sehr einsam, gestorben ist, war geschlagen und getragen von der Trauer, Heimat in der DDR verloren, und bei uns nicht gefunden zu haben. Johnsons "Jahrestage" ist das mächtigste Buch der Deutschen über ihren Heimatverlust und ihre Verlorenheit in der modernen Welt, für die New York, wo der letzte Band spielt, mehr als ein Symbol ist.

So plötzlich betroffen von dem Tod eines Autors, dem ich gelegentlich begegnet bin, und mit dem ich mich seit Erscheinen der "Mutmassungen über Jacob" beschäftigt hatte, so plötzlich an die Schreibmaschine gezwungen neben einer Ausschusssitzung im Abgeordnetenhaus, kommen mir nur Bruchstücke persönlicher Begegnung - vielleicht zu privat für den Politiker.

Im Sommer 1960 - oder war es 61 - erzählt ein Freund begeistert, er habe Uwe Johnson in der Villa Massimo getroffen, berichtet von Spaziergängen, kargen Gesprächen. Das Foto des jungen Johnson, schmal und norddeutsch, war durch die Presse gegangen - nur jetzt war er schon entfernt - in Rom. Später gelegentlich tauchte er auf in Berlin, in Hamburg, in Frankfurt.

Eines Abends im Goethe-Institut London - Johnson spricht und liest vor kleinem Publikum, massig hinter dem Pult. Seine Baßstimme mit metallischer Musikalität. Da war er schon ganz fort aus der Bundesrepublik, lebte irgendwo in England, ich konnte mir nie genau merken wo. Die schnellen flüchtigen Taschenbücher, für die ich verantwortlich war; das war ihm unbegreiflich, distanzierter Respekt war alles, was meine Herausgeberei von ihm erwarten konnte.

Uwe Johnson hat auch bei den Menschen, mit denen er unmittelbar umging, keine Heimat gefunden. Zutrauen wurde zu Mißtrauen. Aus Mutmassungen wurden Verdächtigungen. Er wird an diesem Verlust von Wirklichkeit am meisten gelitten haben.

Uwe Johnson ist gestorben. Wir, auch wir Politiker, sollten nicht nur diese Todesanzeige lesen. Lesen wir deutsche Geschichte, lesen wir seine Geschichten.

(-/14.3.1984/ks/rs)

+ + +



D O K U M E N T A T I O N

Zu den Wiener Verhandlungen über die Reduzierung konventioneller Truppen (MBFR), die am kommenden Freitag wieder aufgenommen werden, hat die Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion eine Zehn-Punkte-Initiative erarbeitet. Der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Dr. Hermann Scheer stellt diese Initiative vor und erläutert sie in folgendem Wortlaut.

Sozialdemokratische Zehn-Punkte-Initiative zu den MBFR-Verhandlungen

Die seit über zehn Jahren laufenden MBFR-Verhandlungen bedürfen dringend neuer Impulse, weil von einem Erfolg dieser Verhandlungen mehr abhängt als allgemein noch erwartet wird. Es geht um die Chancen von Rüstungskontrolle auf dem Sektor konventioneller Rüstungen. Scheitert MBFR, so wird dies alle Bemühungen um konventionelle Rüstungskontrolle entmutigen. Die mögliche Bedeutung der MBFR-Verhandlungen ist inzwischen größer denn je zuvor. Deshalb sind neue Anstöße notwendig, um bei MBFR einen großen Schritt nach vorn machen zu können. Diese neuen Anstöße müssen geeignet sein, die bisherigen Verhandlungsengpässe durch neue und realistische Vorschläge zu überwinden. Folgende Zehn-Punkte-Initiative wäre nach unserer Auffassung geeignet, den Verhandlungsprozeß entscheidend voranzubringen:

1. Die an den Verhandlungen beteiligten Regierungen setzen sich einen festen Zeitrahmen von zwei Jahren, um bis zum Sommer 1986 zu einem MBFR-Vertragswerk zu kommen.
Begründung: Nach mehr als zehnjähriger Verhandlungszeit sind die Für und Wider sachlicher Problempunkte so oft durchgesprochen worden, daß jetzt vor allem politische Entscheidungen erforderlich sind.
2. Der Vorschlag des seinerzeitigen britischen Außenministers Owen vom 7. Dezember 1978 sollte wieder aufgegriffen werden, eine gemeinsame Außenministerkonferenz der MBFR-Teilnehmerstaaten der NATO und des Warschauer Pakts noch im Laufe des Jahres 1984 durchzuführen.
Begründung: Die vorgeschlagene neue MBFR-Initiative aller Teilnehmerstaaten bedarf eines solchen Impulses der politischen Führungen.
3. Die Frage soll erörtert werden, ob die Endzahlen eines künftigen MBFR-Vertrages (bisher 900.000 Mann Truppenstärke im westlichen beziehungsweise östlichen Vertragsraum) um 100.000 auf die anzustrebenden Endzahlen von 800.000 Soldaten gesenkt werden können.
Begründung: Die Truppenstärke des Westens im Vertragsraum liegt gegenwärtig bei einer Million Soldaten, die des Ostens bei etwa 1,2 Millionen (Eigenangabe 974.000). Beim Westen sind etwa 50.000 französische Soldaten innerhalb des Vertragsraums durch den MBFR-Vertrag nicht disponibel. Angesichts der demographischen Entwicklungen und der technologischen Waffenentwicklung sowohl bei den Heeren als auch bei den Luftwaffen erscheint eine Senkung der Zielgrößen von 900.000 auf 800.000 Soldaten realistisch.
4. Ein bis 1986 abzuschließender Vertrag sollte mehrere zeitlich befristete Reduktionsphasen beinhalten, wobei das Reduktionsziel bis 1990 erreicht sein soll. In der ersten Reduktionsphase sollen eineinhalb Jahre nach Vertragsbeginn die Truppen auf 950.000 Soldaten reduziert sein. Nach dieser ersten Reduktionsphase beginnt die erste wechselseitige Truppenzählung (Verifikation).
Begründung: Die einzelnen Reduktionsphasen müssen verbindlich vereinbart sein, um das östliche Zugeständnis für Verifikationen zu erhalten. Die erste Zählung nach einem Jahr soll der Sowjetunion Gelegenheit geben, gegenwärtige Zählendifferenzen zu bereinigen (dieser Vorschlag entspricht den gleichgerichteten Bemühungen der Bundesregierung).



5. Bei einem Reduktionsziel auf 800.000 Soldaten soll angestrebt werden, daß davon 640.000 Heeres- und 160.000 Luftwaffentruppenstärke sind. Bleibt es dagegen bei den bisherigen Zielgrößen von 900.000, so sollte eine verbindliche Aufteilung von 700.000 Heeres- und 200.000 Luftwaffenstärke erfolgen.

Begründung: Eine verbindliche vertragliche Aufteilung der Heeres- und Luftwaffenkontingente ist empfehlenswert, weil so das vorrangige westliche MBFR-Ziel (Minderung der westlichen Luftwaffenbedrohung) erreichbar scheint, und weil eine Kontingentierung der Luftwaffenanteile die Tendenzen zu offensiven verbundenen Luft-Land-Gefechten beiderseits einschränken hilft.

6. Die westlichen MBFR-Teilnehmer (USA, Bundesrepublik, Großbritannien, Belgien, Niederlande, Luxemburg und Kanada), die Truppen im westlichen Vertragsraum unterhalten, sollten spätestens im Jahr 1985 eine gemeinsame Konferenz ihrer Außen- und Verteidigungsminister durchführen. Bei dieser Konferenz soll eine innerwestliche Vereinbarung vertraglich festgehalten werden, die die westlichen Truppenanteile innerhalb eines künftigen MBFR-Vertrags festlegt. Anzustreben ist dabei eine möglichst proportionale Reduzierung, die gleichzeitig sicherstellt, wie viele konventionelle Truppen der Vereinigten Staaten in Europa bleiben.

Begründung: Die bisherigen Vorschläge bei den Wiener Verhandlungen (keine Vertragspartei hat mehr als 50 Prozent des Gesamtkontingents einer Seite; proportionale Reduzierungen der nationalen Anteile; vertragliche Festlegung der jeweiligen amerikanischen und sowjetischen Anteile) haben seit Jahren keine Verständigung ermöglicht. Um diesen Engpaß zu überwinden, sollte jetzt zunächst einmal jede Seite für sich ihre Reduzierungsanteile klären und diese dann der anderen Verhandlungsseite deklarieren - vielleicht erübrigen solche Schritte weitere Verhandlungsschritte zu diesem Punkt.

7. Die Bundesregierung klärt mit der französischen Regierung ab, daß es auch im Falle eines MBFR-Vertrags bei der jetzigen Größenordnung der französischen Truppen in der Bundesrepublik bleibt (50.000 Soldaten). Diese französischen Truppenanteile werden dem westlichen Gesamtkontingent angerechnet.

Begründung: Auf diesem Wege würde der französische konventionelle Truppenteil in der Bundesrepublik einen relativ größeren politischen Stellenwert erhalten, als Basis für eine Stärkung der deutsch-französischen Komponente in der westeuropäischen Verteidigung.

8. Zur Beschleunigung der Sachverhandlungen sollen sich die Verhandlungen im Bereich der Begleitenden Maßnahmen auf die Erörterung der

- Anzahl und Art der Inspektionen,
- Einrichtung von kontrollierten Durchlaufpunkten zur Beobachtung der Zu- und Rückführung der Streitkräfte,
- Nichtbeeinträchtigung der nationalen Aufklärungsmittel,
- Ankündigungen der Bewegungen von Land- und Luftstreitkräften

konzentrieren. Die übrigen erörterten Begleitenden Maßnahmen (vorherige Ankündigung von Divisionsaktivitäten, Beobachteraustausch bei Divisionsaktivitäten) sollen im Rahmen der KVAE-Konferenz behandelt werden.



Begründung: Dadurch wäre sowohl eine zusätzliche Straffung der MBFR-Verhandlungen als auch eine fällige inhaltliche Koordinierung der Wiener und der Stockholmer Konferenz gegeben.

9. Dem offiziellen Mandat der MBFR, über Waffengerät und über Truppenstärke zu verhandeln, soll dahingehend Rechnung getragen werden, daß im MBFR-Vertrag vereinbart wird, konventionelle und nukleare Waffenträger im Vertragsgebiet gegenseitig genau unterscheidbar zu machen. Nach dieser Vereinbarung darf es keinen Waffentragertyp (Raketen, Flugzeuge) im Vertragsgebiet mehr geben, der potentiell konventionell oder nuklear geladen sein könnte.

Begründung: Durch eine klare Trennung des nuklearen und des konventionellen Bereichs würde die zentrale Voraussetzung sowohl für weitere atomare als auch für konventionelle Rüstungskontrollfortschritte geschaffen.

10. Die westlichen MBFR-Teilnehmer und insbesondere die Bundesregierung sind aufgefordert, unverzüglich Vorschläge zu entwickeln, in welchem Verhandlungsrahmen Abrüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungen für den Bereich der taktischen Nuklearwaffen eröffnet werden könnten. Eine Möglichkeit wäre, den MBFR-Verhandlungsrahmen dafür in Anspruch zu nehmen.

Begründung: Mit der Herstellung eines konventionellen Gleichgewichts im Zuge des MBFR-Verhandlungsprozesses werden endgültig die militärischen Begründungen für die Existenz der taktischen Nuklearwaffen gegenstandslos. Außerdem gibt es bisher keinerlei Ansatz für Verhandlungen über diese Waffensysteme.

(-/14.3.1984/ks/rs)

+ + +

